

PREUSSAG

# Wildwest auf der Chefetage

Der Kauf des Stahlwerks Salzgitter, im Landtagswahlkampf das Meisterstück des SPD-Kandidaten Schröder, sorgt für neuen Streit: Stahlboß Selenz attackiert seinen Ex-Chef, den Preussag-Vorsitzenden Frenzel. Der wehrt sich – mit ebenfalls schweren Anschuldigungen.



**Preussag-Chef Frenzel:** Das Nachgefecht um das Stahlwerk in Salzgitter wird mit harten Bandagen geführt

Das Mittagessen im englischen Zimmer der Konzernzentrale war bereits vorbereitet. In kultivierter Umgebung wollten Michael Frenzel, Vorstandsvorsitzender des Preussag-Konzerns, und sein Stahlchef Hans-Joachim Selenz am 17. Dezember vergangenen Jahres über die Zukunft der Stahlsparte beraten.

Noch bevor die Herren sich an den Tisch setzten, kam es zum Eklat. Selenz verlangte von Frenzel den Erhalt der Eigenständigkeit der Preussag Stahl AG und plädierte zunächst für den Verkauf an das Land Niedersachsen. Und das zum relativ niedrigen Buchwert, der bei etwa 700 Millionen Mark lag. Später wurde das Werk für mehr als eine Milliarde Mark verkauft.

Die Forderung nach einer „eigenständigen Lösung“ koppelte Selenz mit einer düsteren Ankündigung. Sollte der Konzernchef sich anders entscheiden, werde er, Selenz, die Öffentlichkeit über Ungereimtheiten im Unternehmen informieren.

„Das war der Versuch einer Freipressung des Stahlbereichs“, sagt der Preussag-Chef. Das Mittagessen fiel aus, die beiden Manager gingen in frostiger Atmosphäre auseinander. Selenz will diese Darstellung des Vier-Augen-Gesprächs nicht kommentieren: „Das sind für mich Non-Gespräche: Kein Kommentar.“

Auch ein anderer Preussag-Verantwortlicher wurde von Selenz angesprochen. Die Herauslösung des Stahlwerks solle zum Buchwert vereinbart werden. „In diesem Zusammenhang“, so die kurz darauf gefertigte Gesprächsnotiz, „habe er auf nicht näher bezeichnete Gefahren hingewiesen, die er zur Zeit noch zurückhalten könne.“

In Niedersachsen tobt um das Stahlwerk in Salzgitter ein Nachgefecht, das mit harten Bandagen geführt wird. Die Kontrahenten arbeiten mit allerhand Finten, es geht um viel Geld, Politik, die Ehre zweier Manager – und um den Erhalt von 12 000 Arbeitsplätzen in Niedersachsen.

Auf der einen Seite steht Hans-Joachim Selenz, 46. Seit der hemdsärmelige Stahlmanager mitgeholfen hat, daß Niedersachsen das Stahlwerk von der Preussag gekauft hat, wird er als Held im ehemaligen Zonenrandgebiet Salzgitter gefeiert. „Wir hoffen, daß Selenz durchhält“, sagt Frank Groß, Redaktionsleiter der „Salzgitter Woche“.

Vergangene Woche sorgte Selenz dafür, daß die Preussag Stahl AG in Salzgitter



**Stahlmanager Selenz:** Düstere Ankündigungen

AG umbenannt wurde. Die Stahlarbeiter jubelten, ist dies doch der alte Name des erst 1989 privatisierten Staatskonzerns. Ende Mai will Selenz bis zu 60 Prozent des Kapitals an der Börse unterbringen.

Auf der anderen Seite steht Michael Frenzel, 51. Der Manager, seit vier Jahren Vorstandsvorsitzender der Preussag, baut den ehemaligen Rohstoff- und Stahlkonzern radikal um. Durch die Übernahme von Hapag-Lloyd und TUI will er die Preussag zum größten Touristik-Konzern der Republik machen.

Frenzel machte nie ein Geheimnis daraus, daß er aus dem traditionsreichen, aber sehr zyklischen Geschäft mit dem Stahl



Elektrostahlwerk der Stahl AG in Peine: „Der Zeitpunkt für eine Aktion ist günstig“

aussteigen will. Sein Stahlmanager Selenz zog zunächst mit.

Im November 1996 legte der Vorstandsvorsitzende der Preussag Stahl AG seinem Chef Frenzel ein Thesenpapier zur Neuorientierung des Stahlbereichs vor. Darin schlug er vor, Verkaufsgespräche mit der österreichischen Voest-Alpine und British Steel aufzunehmen. „Der Zeitpunkt für eine Aktion ist günstig, u. a. weil die Stahl AG (noch) relativ stark ist“, heißt es in dem sechsseitigen, von Selenz unterschriebenen Papier.

Bei den Verhandlungen mit den beiden ausländischen Stahlkonzernen, die sich über ein Jahr hinzogen, war Selenz meist dabei. „Er hat nie kundgetan, daß er gegen einen Verkauf war“, sagt Frenzel.

Doch spätestens seit November 1997 fuhr Selenz offenbar zweigleisig. Er nahm Kontakt zu Niedersachsens Ministerpräsident Gerhard Schröder und dessen Wirtschaftsstaatssekretär Alfred Tacke auf und informierte diese offenbar über die Verkaufspläne der Preussag. Frenzel erfuhr von diesem Kontakt zunächst nichts.

Erst am 12. Dezember wurde der Konzernchef hellhörig. In einer Landtagsdebatte erklärte Schröder, „daß es im Interesse des Landes, der Region und der Beschäftigten liege, wenn die Stahlaktivitäten verselbständigt würden“. Er plädierte für

## Konzern im Wandel

OCTOBER 1989

PREUSSAG

Salzgitter AG

Preussag gründet mit der Eingliederung der Salzgitter AG die Tochter Preussag Stahl AG.

JUNI 1997

PREUSSAG

Stahl AG

Hapag-Lloyd

Preussag kündigt die Übernahme von Hapag-Lloyd an, die im März 1998 grünes Licht vom Bundeskartellamt erhält. Hapag-Lloyd hält 30 Prozent an der TUI.

FEBRUAR 1998

PREUSSAG

Stahl AG

Hapag-Lloyd

Preussag verkauft die Preussag Stahl AG für 1,06 Milliarden Mark an das Land Niedersachsen und die NordLB.

MÄRZ 1998

PREUSSAG

Hapag-Lloyd

TUI

Hapag-Lloyd erhöht die TUI-Beteiligung auf 50 Prozent.

DER SPIEGEL

einen „kontrollierten Börsengang“. Auch der Vorstand der Preussag Stahl AG halte diese Position für „richtig und vernünftig“.

Als Frenzel, der einen Verkauf an Voest-Alpine favorisierte, am 17. Dezember Selenz mit den Aussagen Schröders konfrontierte, kam der Stahlchef aus der Deckung. Er argumentierte nun für den Verkauf an das Land, um dann einen Börsengang zu organisieren.

Frenzel sah seine Verkaufspläne in Gefahr. Über die Weihnachtsfeiertage nahm er die Verhandlungen mit der Voest-Alpine wieder auf – jetzt mit Volldampf. Nach heimlichen Treffen auf den Flughäfen Düsseldorf, Frankfurt und Linz kam es zu einer Grundsatzvereinbarung mit den Österreichern. 1,275 Milliarden Mark wollte Voest zahlen. Am 8. Januar segnete der Preussag-Vorstand den Vorvertrag ab, nur Selenz votierte dagegen. Am gleichen Tag teilte Schröder per Fax dem Vorstandschef der Preussag mit, daß das Land Niedersachsen bereit sei, die Kapitalmehrheit an der Stahltochter zu übernehmen.

In der Aufsichtsratssitzung am 4. Februar kam es zum Duell zwischen den beiden Managern. Frenzel beantragte, Selenz „wegen objektiver Interessengegensätze“ aus dem Vorstand der Preussag AG zu entfernen. In geheimer Wahl stimmten mehr als zwei Drittel der Aufsichtsräte, al-

so auch viele Arbeitnehmervertreter, dem Antrag zu.

Daraufhin spielten sich groteske Szenen ab. Mit hochrotem Kopf, so zwei Teilnehmer der Sitzung, knallte Selenz Papierstöße auf den Tisch, er wurde laut. Offenbar hatte er nicht mit der Zustimmung von seiten der Arbeitnehmer gerechnet.

„Bitte verlassen Sie den Raum“, forderte Aufsichtsratschef Friedel Neuber (WestLB). Selenz ging – und kam wieder.

Offenbar tief verletzt stürmte der Stahlmanager ein zweites Mal in den Raum, so die Schilderung zweier Vorstände. Die Aufsichtsräte, darunter Deutsche-Bank-Vorstand Jürgen Krumnow, Dresdner-Bank-Vorstand Bernd Voss und RWE-Chef Dietmar Kuhnt, waren sprachlos. „Raus, gehen Sie raus“, donnerte schließlich Neuber.

Noch am selben Abend wurde das Stahlwerk an das Land Niedersachsen und die NordLB verkauft, der politische Druck zwang den Preussag-Vorstand, auf einen Verkauf an Voest zu verzichten. Das Ausscheiden von Selenz aus dem Preussag-Gesamtvorstand erschien der Öffentlichkeit da nur logisch, von dem Rausschmiß erfuhr niemand.

Selenz hatte seine Vorwürfe gegen die Konzernleitung zuvor auch schriftlich erhoben. Anfang Januar waren ihm „Bedenken hinsichtlich der Ordnungsmäßigkeit un-

seres Jahresabschlusses 1996/97“ gekommen. In einem Brief an Frenzel forderte er das „Gutachten eines zweiten qualifizierten Wirtschaftsprüfers“, also eine Sonderprüfung. Insbesondere monierte Selenz den Verkauf von insgesamt 6200 der 33000

---

**„Raus, gehen Sie raus“,  
donnerte Sitzungsleiter Neuber in  
der Aufsichtsratssitzung**

---

Wohnungen, die die Preussag bei der Privatisierung der Salzgitter AG 1989 übernommen hatte. Der Verkauf sei möglicherweise vertragswidrig zustande gekommen.

In Paragraph 5 des zwischen Preussag und Bundesregierung geschlossenen Vertrages heißt es: „Der Verkauf von insgesamt 2500 Wohnungen innerhalb von zehn Jahren darf nur überschritten werden, wenn dies im Einklang mit der sozialen Verantwortung des Konzerns aufgrund veränderter wirtschaftlicher Verhältnisse wirtschaftlich geboten ist.“

Diese Sozialbindung rechtfertigte damals den niedrigen Kaufpreis von 2,44 Milliarden Mark, den die Preussag für die Salzgitter AG zahlen mußte. Der umfangreiche Immobilienbesitz in Salzgitter und Kiel floß nur mit 440 Millionen Mark in den Kaufpreis ein. „Eine Okkasion“, urteilte die „Börsenzeitung“ damals. Tatsächlich

hätten die Immobilien einen Verkehrswert von sechs Milliarden Mark, wurde damals schon im Haushaltsausschuß des Bundestags gemutmaß.

Seit das Land Niedersachsen am 7. April die letzte Tranche der Milliardenkaufsumme überwiesen hat, machte Selenz seine Drohung wahr: Der Verkauf der Wohnungen wurde zum öffentlichen Thema.

„Schwere Vorwürfe gegen Preussag“, meldete die „Süddeutsche Zeitung“ am 8. April. „Salzgitteraner sind das Bauernopfer“, klagte die „Salzgitter Woche“.

Es sei „eine Pervertierung der Ziele der Privatisierung“, sagt Selenz, „daß die Preussag nun über die Wohnungen der Stahlarbeiter verfügt“. Der Preussag gehören immer noch mehr als 10000 Wohnungen und umfangreicher Grundbesitz in Salzgitter. Selbst der ehemalige Eigentümer, die Bundesregierung, muß rund 80 Millionen Mark an die Preussag zahlen, falls er das Erzbergwerk Konrad bei Salzgitter als Endlager für Atomabfälle nutzen will.

Selenz würde es gern sehen, wenn die Immobilien dem Stahlwerk gehörten. Der öffentliche Applaus in der Region ist ihm sicher. Der CDU-Landtagsabgeordnete Hermann Eppers meint, daß Preussag den Privatisierungsvertrag „in massiver Weise gebrochen“ habe.

Auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Wilhelm Schmidt aus Salzgitter machte sich



**Werkwohnungen in Salzgitter:** Nie Bestandteil des Stahlwerks

für eine Rückabwicklung stark. Das sei „durchaus möglich, ja“, antwortete ihm vergangene Woche Irmgard Karwatzki, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium, im Bundestag. Mittlerweile geht das Ministerium, der Bundesrechnungshof und die EU-Kommission in Brüssel der Frage nach, ob die Verträge von Preussag eingehalten wurden.

Trotzdem stehen die Chancen nicht besonders gut, der Preussag ihren Immobilienschatz wieder abspenstig zu machen. Schröders Wirtschaftsstaatssekretär Tacke hält den Passus im Vertrag für einen „Gummiparagraphen“. Der Bonner Finanzminister habe im Auftrag des Bundes einfach schlecht verhandelt.

Preussag-Chef Frenzel ist freiwillig nicht bereit, den Immobilienbesitz aufzugeben:

„Das kann ich meinen Aktionären nicht zumuten.“ Die Sozialbindung sei bei allen Wohnungsverkäufen auf die neuen Besitzer übertragen worden.

Die Wohnungen, argumentiert Frenzel, gehörten niemals gesellschaftsrechtlich zur Stahlhütte, sondern waren Bestandteil des Salzgitter-Konzerns, der immer mehr gewesen sei als nur eine Stahlfirma.

Im übrigen hat er sich durch ein Rechtsgutachten bestätigen lassen, daß die Vertragsformulierung, nur 2500 Wohnungen dürften verkauft werden, nicht mehr als „eine Absichtserklärung“ gewesen sei. In einem von Frenzel in Auftrag gegebenen Schriftsatz heißt es: Ob der Verkauf wirtschaftlich geboten sei, obliege „allein der Entscheidung des Konzerns; Mitwirkungsrechte der Bundesrepublik

Deutschland sind im Vertrag nicht vorgesehen“.

Der zweite Vorwurf von Selenz, die Gewinne aus den Immobilienverkäufen seien zur Quersubventionierung des hoch defizitären Anlagenbaus verwendet worden, interessierte auch den Aufsichtsrat. Zumal in der Presse plötzlich unterschiedlichste Verlustzahlen für den Anlagenbauer Noell, eine Preussag-Tochter, auftauchten. Wurde hier in der Bilanz geschummelt? Wie sauber sind die offiziellen Zahlen?

Die Wirtschaftsprüfer der C&L Deutsche Revision wurden mit der Klärung beauftragt. Sie prüften „die betreffenden Einzelabschlüsse sowie den Preussag-Einzel- und Konzern-Abschluß“, dabei wurden „keine Rechtsverstöße festgestellt“. Der Aufsichtsrat sei korrekt informiert worden, „welche Verluste im Noell-Bereich angefallen und welche bilanziellen Maßnahmen zu ihrem Ausgleich vorgesehen sind“.

Der Wirbel wird sich dennoch nicht so schnell legen. Die Stahlarbeiter in Salzgitter sind aufgebracht.

Auch in der deutschen Industrie sorgt der Fall für Furore. So wild ging es bisher auf deutschen Chefetagen nicht zu – zumindest wurde es nicht öffentlich. Für Frenzel ist das ganze ein „eigentlich unfaßbarer Vorgang“. Kontrahent Selenz bleibt dabei: „Kein Kommentar.“ ◆